

Motion: Hansueli Pestalozzi (Grüne), Toni Eder (CVP)

Autobahnüberbauung Wangental

Antrag:

1. Bei den weiteren Planungsschritten im Rahmen der Zentrumsplanung Niederwangen ist sicherzustellen, dass eine Autobahn- bzw. Eisenbahnüberbauung oder -Überdeckung in Zukunft nicht verunmöglicht wird.
2. Weitere mögliche Autobahn- bzw. Eisenbahnüberbauungen im Wangental sind zu prüfen und deren Machbarkeit abzuklären.

Begründung:

Im revidierten Baugesetz des Kantons Bern wird - als Gegenvorschlag zur "Kulturlandinitiative" - der Schutz des Kulturlandes und der Fruchtfolgeflächen deutlich verstärkt (Art. 8a ff rev.BauG)¹. Es wird also schwieriger werden auf der "grünen Wiese" zu bauen; der Druck zur inneren Verdichtung nimmt zu. Der Bau von Wohnungen und Gewerberäumen wird sich in Zukunft deutlich stärker auf bereits überbaute und versiegelte Flächen konzentrieren müssen.

Autobahnen und Eisenbahnen stellen flächenmässig grosse Areale dar, die durch eine Überbauung doppelt genutzt werden können. Mit einer Überbauung von Verkehrsflächen in Zentrumsnähe wird gleichzeitig das Lärmproblem entschärft und die Zerschneidung der Siedlungsstruktur kann rückgängig gemacht werden. Wenn es ausserdem gelingt, auf den Autobahn- bzw. Eisenbahnflächen eine dichte Wohn- oder Gewerbenutzung zu etablieren, können die Mehrkosten der Überdeckung teilweise oder ganz finanziert werden. Anstatt Landkosten fallen die Kosten für die Überdeckung der Verkehrsinfrastruktur an.

Im Rahmen der Testplanung "Neues Zentrum Niederwangen" war für die Planerteams eine Autobahnüberbauung kein Thema. Eine solche wurde bei der Aufgabenstellung auch nicht explizit verlangt, obwohl im gültigen Richtplan ausdrücklich gefordert wird: "Bahn- und Autobahnüberdeckung(en) sind sorgfältig zu prüfen" (Massnahmeblatt S1/S3-07-03). Diese Prüfung ist nicht erfolgt.

Im Moment sind zusätzliche Wohnungen und Gewerberäume auf der Auto- bzw. Eisenbahn in Niederwangen nicht vordringlich, da aktuell im Ried und in naher Zukunft auch im Zentrum eine genügend starke Siedlungsentwicklung stattfindet. Wichtig ist aber, dass eine mögliche Autobahn- bzw Eisenbahnüberbauung mittel- und langfristig nicht durch die aktuelle Zentrumsentwicklung verunmöglicht wird, sondern als Option für die Zukunft planerisch offen gehalten wird. Die entsprechenden raumplanerischen Massnahmen sind im Rahmen der weiteren Planungsschritte vorzusehen, aber ohne den Gesamtprozess zu behindern.

Im gleichen Sinn sollen mögliche Autobahn- bzw. Eisenbahnüberbauungen in Oberwangen und in Thörishaus geprüft werden und deren Machbarkeit abgeschätzt werden, damit diese Flächen bei weiterem Baulandbedarf im Wangental als Alternative zur Verfügung stehen.

Wabern, 16.1.2017

(Handwritten signatures and notes)

H. Pestalozzi, T. Eder, B. Müller, E. An, A. Noser, Casimirt von der, B. Müller, G. R. Müller, B. Müller, B. Schneider, A. Müller, H. Müller

¹ Das revidierte Baugesetzes wird im ersten Quartal 2017 in Kraft gesetzt.

1703

Motion Mitte-Fraktion

Eine Wohnbaustrategie für die Gemeinde Köniz

Antrag

Der Gemeinderat erarbeitet eine Wohnbaustrategie für die Gemeinde Köniz. Die Wohnbaustrategie gibt insbesondere auf folgende Fragen Antwort:

- Welcher Bedarf nach Wohnraum besteht bei welchen soziodemografischen Gruppen und in welchen Ortsteilen?
- Durch welche Massnahmen kann dieser Bedarf gedeckt werden? Neben der Erstellung von Wohnraum ist dabei auch auf Aspekte wie die Bereitstellung weiterer für den Alltag benötigter Infrastrukturen oder Dienstleistungen einzugehen.
- Welche formellen und informellen Instrumente stehen der Gemeinde zur Verfügung, um auf eine Erstellung des benötigten Wohnraums und die Umsetzung der weiteren Massnahmen hinzuwirken? Dabei soll der Schwerpunkt auf Instrumenten liegen, die keinen Zwang auf Private ausüben (bspw. Anreize, Information, Sensibilisierung) und marktkompatibel sind.

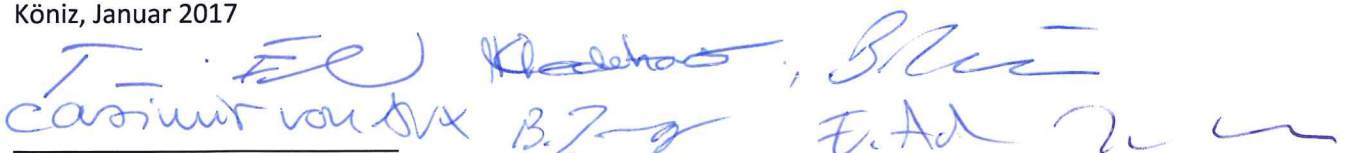
Begründung

Das Thema Wohnraum steht immer wieder auf der politischen Agenda der Gemeinde Köniz. Insbesondere für ältere Personen und Familien mit Kindern ist es oft eine Herausforderung, geeignete, finanzierbare Wohnungen zu finden. Die Gemeinde hat verschiedene Möglichkeiten, um die Situation zu verbessern, und befasst sich daher regelmässig mit einzelnen Bauprojekten unterschiedlicher Grösse sowie mit einzelnen Instrumenten, mit denen auf den Wohnbau Einfluss genommen werden kann. Was ihr jedoch fehlt, ist eine Strategie, die in umfassender Weise Ziele, Handlungsbedarf und zu ergreifende Massnahmen darstellt und so den einzelnen politischen Geschäften und Vorschlägen einen Rahmen gibt. Diese Strategie soll nach Ortsteil differenziert sein und eine übergeordnete Sicht bei der Umsetzung künftiger Wohnbauprojekte ermöglichen.

Eine grosse Herausforderung liegt darin, erschwinglichen Wohnraum zu schaffen. Gerade ältere Einwohnerinnen und Einwohner, die in Einfamilienhäusern oder grossen Wohnungen wohnen und offen für einen Wechsel in eine kleinere Wohnung sind, bekunden Mühe, eine solche zu finden.¹ Gefragt sind dabei insbesondere Wohnungen, die von Ihrer Lage her alltagstauglich (u. a. Einkaufen, sozialer Austausch) sowie funktional (u. a. hindernisfrei), aber nicht unbedingt von hohem Ausbaustandard sind. Mit der künftig steigenden IT-Affinität auch unter Senioren und Seniorinnen liegt mittelfristig zudem ein Potenzial in der Bereitstellung von Online-Dienstleistungen für Wohnlagen, an denen bspw. Einkaufsinfrastrukturen nicht ohne Weiteres bereitgestellt werden können. Ob die Gemeinde hier eine koordinierende Funktion übernehmen kann, bspw. mit der Köniz-App, ist zu prüfen.

Die Frage nach altersgerechtem Wohnraum wird sich aus demografischen Gründen immer öfter stellen. Wenn es gelingt, hierauf Antworten zu finden, liegt darin aber die Chance für grosse Verbesserungen der Wohnsituation weiter Teile der Bevölkerung: sowohl für ältere Personen selbst als auch für Familien, für die vermehrt Wohnraum verfügbar wird. Daher ist auf diese Frage in der Wohnbaustrategie besonderes Augenmerk zu legen.

Köniz, Januar 2017


Carin von der B. J. g

¹ Vgl. u. a. den Bericht «Altersfreundliches Köniz – vertiefende Gruppengespräche», 2016, einsehbar auf der Website der Gemeinde (Verwaltung > Bildung und Soziales > Bildung, Soziale Einrichtungen und Sport > Fachstelle Alter, Jugend und Integration > Fachbereich Alter und Gesundheit).

1/

H. Pestalozzi Th. Arni

Förderung des Vereinsangebots für Kinder und Jugendliche

Antrag

Das Produkt 113.2 («Angebote zur sozialen Integration») soll ab 2018 um 30'000.00 Franken erhöht werden, um die Vereinsangebote für Kinder und Jugendliche verstärkt unterstützen zu können.

Begründung

Viele Vereine stellen mit ihrem grossen freiwilligen Engagement ein attraktives und sinnvolles Freizeitangebot für alle Altersgruppen und gesellschaftlichen Schichten bereit. Gerade für Kinder und Jugendliche in schwierigen Situationen bieten diese Angebote der Vereine oft viel effizientere und für das Gemeindewesen kostengünstigere Unterstützung, als dies die Sozialarbeit der Gemeinde mit ihren eingeschränkten Ressourcen tun könnte.

Die Vereine haben aber im heutigen gesellschaftlichen Umfeld einen immer schwereren Stand. Es fehlt oft nicht an den Nutzern ihrer Angebote, vielmehr fehlt es an Leiterinnen und Leitern und teilweise an Material.

Die Gemeinde unterstützt bereits jetzt 46 Vereine resp. über 2600 Kinder und Jugendliche mit einem jährlichen Pro-Kopf-Beitrag von 35.00 Franken. Mit einer Erhöhung dieses Pro-Kopf-Beitrages um 10.00 Franken auf 45.00 Franken (gerundet total 30'000.00 Franken) können somit die Vereine direkt und unbürokratisch unterstützt werden. Die Entschädigungen der Leiterinnen und Leiter können durch die Vereine erhöht und so die Leitung attraktiver gemacht werden. Auch können die Vereine dringend benötigtes Material direkt beschaffen.

Köniz, Januar 2017

R. Vulli	A. Bühringstrank
L. Föll	Handwritten signature
Carminet von Arx	Handwritten signature
Kiedtrass	Handwritten signature
J. Zuercher	M. W. Zuercher
B. Zuercher	U. Deschler
A. Rott	W. R. Zuercher
A. Wacker	E. A. Zuercher
J. Zuercher	B. P. Zuercher
S. Zuercher	C. Zuercher

